

Türkische Post

5. Jahrgang Nr. 32

Tägesszeitung für den Nahen Osten

Konstantinopel, Sonnabend, 1. Febr. 1930

Müşahat 5 Kuruştur
ABONE
Dahil içte: Aylık 1.75, üç aylık 4.75, altı aylık 8.50, bir senelik 15 lira.
Harc için: Aylık 5, üç aylık 13, altı aylık 25 R. M. yahut mukabil bill (Posta ücreti dahil olmak üzere).
IIANAI
1. Sahifede: saatünce 100 Kuruş.
2. " 50
3. " 30
4. " 15
Idarehanesi
Tekte Kadısı No 565ve 587
Telgraf adresi: Türkpost
Telefon Beyoğlu 207 ve 210
Posta Kültürü Galata 209

Preis der Einzelnummer 5 Grusch
BEZUGSPREIS
Inland 1 Monat 1 75 T Pld 3 Monate 4 75
1 Pld 6 Monate 8 50 T Pld 12 Monate 15
1 Pld Ausland 1 Monat 5 R Mark 25
3 Monate 13 R Mark, 6 Monate 25 R Mark
oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto Inverste 1 Seite 1 em 100 Grusch, 2 Seite 75 Grusch, 3 Seite 50 Grusch, 4 Seite 30 Grusch
(INLANDSPREISE)
Geschäftsleitung
Tekte - Strasse Nr. 585-587
Druckerei: Turkpost
Postfach Pera 207 u 210
Postfach Galata 209

Organ des Deutsch-Türkischen Vereins, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagespiegel.

Kiasim Pascha.

Wien, 31. Jan.
Der Präsident der türkischen Kammer Kiasim Pascha besuchte heute in Begleitung des hiesigen türkischen Gesandten das österreichische Parlament.

Grubenunglück in Sünguldak.

13 Tote und 6 Verwundete.
Sunguldak, 31. Jan.
In der Nacht auf gestern hat sich hier auf der Kohlenzeche Süleiman Sirri Bej eine Explosion schlagender Wetter ereignet. Ein Teil der in der Grube beschäftigten Arbeiter konnte sich nicht mehr retten und wurde verschüttet. Die Zahl der Toten wird mit 13 angegeben. Ausserdem wurden 6 Arbeiter verwundet, davon 1 schwer. Ob noch weitere Arbeiter verschüttet sind, wird nicht gemeldet; es heisst nur, die Ingenieure hätten Rettungsarbeiten begonnen.

Die Erben Abdul Hamids gegen Griechenland.

London, 31. Jan. (A.A.)
"Daily Mail" melden, daß die Erben des einstigen türkischen Sultans Abdul Hamid jetzt gegen die griechische Regierung einen Entschädigungsprozess angestrengt haben. Sie verlangen 300 Mill. Drachmen.

Kommunisten-Krawall in Athen.

Athen, 31. Januar (A.A.)
Anlässlich des Geburtstages Lenins haben in Athen etwa 50 Kommunisten vor der südslawischen Gesandtschaft eine Kundgebung veranstaltet und dem Direktor der Bank von Griechenland die Fenster Scheiben mit Steinen eingeworfen. Die Polizei griff ein und trieb die Demonstranten auseinander. Es wurden 8 Verhaftungen vorgenommen.

Die Rache des Räubers Babanis.

Athen, 31. Januar.
Wie gemeldet, ist die berühmte Räuberbande Babanis soeben wieder aufgetaucht. Sie hat zunächst zwei Viehzüchter überfallen, verschleppt und sie in furchtbarer Weise regelrecht abgeschlachtet. Nachdem sie die unglücklichen Opfer langsam zu Tode gemartert hatten, schnitten die Räuber die Leichen in Stücke, schalteten sauber das Fleisch von den Knochen und fütterten damit die Hunde. Am Ort ihrer Untat richtete die Bande dann ein grosses Kreuz auf, an dem die verfolgten Polizeibeamten einen Zettel angeheftet fanden, der folgenden Wortlaut trug: „Diese Beiden sind Verräter an uns Räufern gewesen. Sie haben Babanis und seine Brüder verraten. Deshalb sind sie getötet worden. Jeder soll wissen, dass keiner der Rache des Räubers Babanis entgeht!“

Bezeichnenderweise hatte die Regierung das Aufheben der Bande rechtzeitig erfahren, alle diesbezüglichen Nachrichten und Meldungen jedoch demontiert. Einen Tag darauf geschah das neue Verbrechen, das an Scheusslichkeiten kaum zu überbieten ist. Aber auch andere Räuberbanden haben den jetzt recht ungünstigen Olymp verlassen, um sich der Jahreszeit entsprechend einzudecken. So ist auch die Bande Tzatzas bereits verschiedentlich wieder gesichtet worden. Unter anderem forderte sie in der Gegend Ellassonas einen Viehzüchter schriftlich auf, 15 000 Drachmen für warme Winterbekleidung „flüssig zu machen“.

Ein Oekumenisches Konzil.

Rom, 31. Jan.
Nach Blättermeldungen plant der Papst, nachdem durch die Versöhnung mit Italien ein Haupthindernis für die Wiederabhaltung eines Konzils beseitigt und eine neue Aera in der Kirchengeschichte angebrochen ist, die Einberufung eines Oekumenischen Konzils.

Südafrika und die Einwanderung.

Kapstadt, 31. Januar.
Der Innenminister hat dem Parlament einen Gesetzentwurf zur Regelung der Einwanderung aus Süd- und Osteuropa vorgelegt. Der Entwurf sieht eine Quote vor, die der Minister nach den Verhältnissen ändern kann. Vorläufig sollen aus Süd- und Osteuropa jährlich nur 1000 Personen in Südafrika einwandern dürfen.

Rücktritt des Preussischen Kultusministers.

Grimme sein Nachfolger.

Berlin, 31. Januar.
Die seit Tagen stöckenden Verhandlungen über die Umbildung der preussischen Regierung auf der Grundlage der Grossen Koalition erhielten gestern einen neuen Anstoss durch den unerwarteten Rücktritt des preussischen Kultusministers Dr. Becker. In seinem Rücktrittsgesuch bedauert Dr. Becker, dass die Auffassung führender Parteien über die Bedeutung der kulturellen Aufgaben seines Ministeriums ein, gedeihliches Wirken für ihn unmöglich gemacht hätte.

Zum Nachfolger Dr. Beckers ist der bisherige Vizepräsident des Brandenburgischen Provinzial-Schulkollegiums Grimme ernannt worden. Der neue Kultusminister gehört der Sozialdemokratischen Partei an.

Die Vollsitzung der Flottenkonferenz.

London, 31. Jan. (A.A.)
Auf der gestrigen Vollsitzung der Flottenkonferenz erklärte der amerikanische Delegierte Gibson, dass England, Japan und die U.S.A. dafür seien, daß die Kriegsflotten in 6 Kategorien eingeteilt und für jede Kategorie die höchstzulässige Tonnage festgesetzt werde. Frankreich sei dagegen vor zwei Jahren lediglich für die Festsetzung der Gesamttonnage der ganzen Kriegsflotten eingetreten, welche Schwierigkeit die Konferenz von 1927 in eine Sachfrage geführt habe. Inzwischen hätte Frankreich ein Kompromiss vorgeschlagen, das die Festsetzung von Höchsttonnagen für die einzelnen Schiffskategorien annehme, aber den einzelnen Mächten die Freiheit läßt, bei Einhaltung der Gesamttonnage die Proportion der einzelnen Kategorien dann zu verschieben, wenn die dies wünschende Macht die anderen Mächte ein Jahr vorher von dieser ihrer Absicht unterrichtet. Die U.S.A. hätten dieses Kompromiss 1929 angenommen, weil sie anerkennen, daß die kleineren Flotten zur Spezialisierung neigen.

Der britische Delegierte Lord Alexander erklärte, dass England allein seinen ursprünglichen Vorschlag für richtig halte, aber bereit sei, den französischen Vorschlag zu prüfen. Daraufhin wurde ein Komitee von 10 Personen gewählt, in das jede Delegation zwei Vertreter entsendet und das die Angelegenheit in engerem Kreise besprechen soll. Wie verlautet, sieht der französische Vorschlag in seiner neuer Form vor, daß auch die Verschiebung der Proportionierung der einzelnen Schiffskategorien nur bis zu einem gewissen Grade möglich bleiben soll.

Tardieu und Briand reisen ab.
London, 31. Januar (A.A.)
Heute hat eine erste Sitzung des gestern gewählten Tonnage-Komitees stattgefunden. Am Nachmittag haben Tardieu und Briand die Rückreise nach Paris angetreten.

Russland und die Konferenz.
Moskau, 31. Januar.
Die gegenüber der Londoner Flottenkonferenz von Russland eingenommene negative Haltung tritt deutlich in einem Leitartikel der „Iswestija“ zu Tage. Das Blatt schreibt, man brauche kein Propheet zu sein, um voraussagen zu können, daß nach wochenlanger Lebloigkeit der Konferenz dieselbe ohne wesentlichen Erfolg enden werde. Das Blatt verspottet diejenigen westeuropäischen Zeitungen, die geschrieben haben, dass die Konferenz den Beginn einer neuen Aera bilden. Die Konferenz werde das Wettstreiten, das zu einem bewaffneten Zusammenstoss führen müsse, nicht aufhalten können. Die Grossmächte verstockten nur ihre grundsätzlichen Differenzen hinter Friedensphrasen.

Die Arbeitslosen-Unterstützung in England.
London, 31. Januar (A.A.)
Zur Vorlage der Regierung über die Arbeitslosen-Versicherung hatte das Oberhaus beantragt, die Einführung der Versicherung zunächst nur für ein Jahr zu bewilligen und den Kreis der Unterstützungsberechtigten zu verengern. Das Unterhaus lehnte diesen Antrag mit 284 gegen 133 Stimmen ab.

Aus Deutschland.

S. P. D. gegen Dr. Schacht.

Berlin, 31. Jan.
Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei beschäftigte sich mit der Frage der Stellung des Reichsbankpräsidenten. Sie kam zu dem Beschluß, daß die Partei zwar an der währungspolitischen Unabhängigkeit der Reichsbank und den entsprechenden Schutzbestimmungen des Reichsbankgesetzes unbedingt festhalte, sich jedoch aufs Schärfste gegen die Eingriffe des Reichsbankpräsidenten in die Führung der deutschen Politik verahre. Es sei daher ein Initiativgesetz notwendig, das der Staatsgewalt einen massgebenden Einfluss auf die Ernennung und Abberufung des Reichsbankpräsidenten sowie auf die Zusammensetzung des Generalrats gibt.

Zentrum und Haager Abkommen.

Berlin, 31. Januar.
Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages hat dem Reichskanzler die Stellungnahme der Partei zu der politischen Behandlung des Haager Abkommens bekanntgegeben. Danach verlangt das Zentrum, dass vor der endgültigen Entscheidung über den Young-Plan eine Klärung der Finanzausstattung des Reiches erfolge. Ausserdem wünscht die Partei vor ihrer entscheidenden Fraktionssitzung eine ausreichende Darlegung der Reichsregierung über den Stand und den Fortgang der Saar-Verhandlungen und über die Behandlung des polnischen Liquidationsabkommens.

Zwei moderne Robinsons.

Berlin, 31. Jan.
Ein amerikanischer Forscher, der auf den Stillen Ozean vor der Küste von Ecuador liegenden Galapagos-Inseln Untersuchungen anstellte, hat dort auf der einsamen Charlesinsel ein Berliner Paar aufgefunden, das nach einem angeblichen Schiffbruch dort schon seit einem halben Jahre lebe. Es handelt sich um den Berliner Arzt Dr. Ritter, der sich zusammen mit seiner Gehilfin in die Einsamkeit zurückzog — einerseits um eine neue Ernährungsmethode auszuprobieren und andererseits aus Menschenscheu gegen die Zivilisation.

Zum Tschervenon-Prozess.

Berlin, 31. Januar.
Zu den Behauptungen der Verteidigung, im Tschervenon-Prozess erklärt der Berliner Polizeipräsident, dass die Untersuchungen in der Affäre der Dollarfälschungen keinerlei Beweis dafür erbracht haben, daß irgend eine Regierung und gar die Sowjetregierung systematische Notenfälschungen vorgenommen haben. Daraufhin hinweisendes Material habe der Polizei niemals vorgelegen.

Berliner Börse am Freitag.

Berlin, 31. Januar.
Die Börse war weiter in der Mehrheit ihrer Märkte verbessert und schloß fest. Bevorzugt waren Montan- und Elektropapiere.

Letzte Telegramme.

Massenverhaftungen in Sofia.

Sofia, 31. Januar.
Auf Anordnung des Ministerpräsidenten und Innenministers Liaptscheff sind hier Massenverhaftungen makedonischer Terroristen vorgenommen worden. Die Verhaftungen sind auf die sich häufenden Attentate zurückzuführen. Die Verhafteten werden in der Provinz interniert werden.

Französisches Flugzeug abgestürzt.

Paris, 31. Jan. (A.A.)
Ein französisches Militär-Jagdflugzeug ist bei Chateauroux abgestürzt. Der Flieger fand den Tod.

Rom, 31. Januar.
Die Königin von Schweden ist ernstlich erkrankt, und ihre Kräfte haben in beunruhigender Weise abgenommen. Der König befindet sich unterwegs zum Krankenlager seiner Frau.

Der vaticanische Staat

Die Idee der waffenlosen Grossmacht.

Von Dr. Friedrich Wallisch.

Anmerkung, d. Schriftl. Der Verfasser hat die Entwicklung und die Stellung des neu geschaffenen vaticanischen Staates an Ort und Stelle eingehend untersucht und ist kürzlich beim Papst und bei Mussolini in Audienz erschienen.

Die Schaffung des neuen päpstlichen Staates mag hier und dort als eine Angelegenheit empfunden worden sein, die nur die italienische Innenpolitik und den Katholizismus betrifft. Tatsächlich aber reicht die Bedeutung dieses Vorgangs weit darüber hinaus. Als Mussolini und Kardinal Gaspari am 11. Februar 1929 durch den Lateranvertrag den neuen Kirchenstaat geschaffen hatten — der allerdings erst viel später sein Eigenleben wirklich beginnen konnte —, war damit ein sechzigjähriger Unfriedenszustand beendet. Der Ausdruck „Kriegszustand“ würde zu weit gehen. Durch den Abschluss des Konkordats war nicht nur dem Vatikan geholfen, der gerade genug Souveränität erhielt, um die Residenz des Papstes dem Machtbereich des italienischen Staates zu entziehen; ebensowenig oder mehr noch hatten Mussolini und Italien bei diesem Friedensschluss gewonnen. Die Stellung der italienischen Regierung fand in der Freundschaft des Vatikans eine überaus wichtige Stütze für ihre innere und auch für ihre äussere Politik. Denn es wird immer deutlicher, dass Italien in jenem Rang der ersten katholischen Macht hineinwächst, den ehemals das „Römische Kaiserreich deutscher Nation“ für sich in Anspruch genommen hat.

Den nicht ganz glücklich gewählten Namen „Città del Vaticano“, Stadt des Vatikans, verankert das neue Staatsgebilde dem Bestreben, den geschichtlichen Zusammenhang mit dem alten Kirchenstaat zu verwischen. Der Kirchenstaat besass bis zum Jahre 1857 eine Oberfläche von 11 000 Quadratkilometern und drei Millionen Einwohner. Als er im Jahre 1870 aufgelöst wurde, war sein Flächenraum bereits auf 11 800 Quadratkilometer mit 736 000 Einwohnern herabgesunken. Die Stadt des Vatikans ist kaum einen halben Quadratkilometer gross, ihre Einwohnerzahl besteht nur aus 500 Köpfen; viele der ständig im Vatikan beschäftigten Personen sind italienische Staatsbürger und wohnen, ebenso wie das diplomatische Korps, ausserhalb des kleinen Staates in Rom.

Die ungeschränkte weltliche Herrschaft des Papstes umfasst die Peterskirche mit der Freitreppe auf dem Petersplatz, den kleinen Stadteil hinter dem Dom, ferner die vatikanischen Gärten und den ganzen vatikanischen Palast bis zur Via Porta Angelica im Borgo. Die Exterritorialität, wie seitlichen schon früher dem Heiligen Stuhl zugesprochen hat, nicht aber die Souveränität des Papstes erstreckt sich über den ganzen Petersplatz einschliesslich der Kolonnaden. Auch der Lateranische Palast, die einstige Residenz der Päpste, und einige andere Gebäude in verschiedenen Stadtteilen von Rom geniessen diese Exterritorialität, die jener der fremden Gesandtschaften gleich zu setzen ist.

Da naturgemäss der Begriff der Erblichkeit für die Herrschaftswürde des vaticanischen Staates ausgeschlossen ist, liegt der Vergleich mit der republikanischen Staatsform nahe. Tatsächlich bildet aber das Papsttum eine Wahlmonarchie. Ihre innere Stetigkeit ist dadurch gegeben, dass der Papst die Kardinals ernannt, die wieder als Kurfürsten den nächsten Papst aus ihrer Mitte wählen. Dem Staate steht ein vom Papst ernannter und nur ihm verantwortlicher Zivilgouverneur vor. Der Grundsatz vollständiger nationaler Freiheit geht hier so weit, dass Staatsbeamte nicht Bürger des Vatikans sein müssen.

Die Città del Vaticano besitzt ihr eigenes Staats-, Zivil- und Strafrecht. In erster Linie ist — neben der Betonung der vollständigen Souveränität — dafür gesorgt, dass sich weder in wirtschaftlicher noch in rechtlicher Beziehung innerhalb der engen Grenzen die-

Gestriger Schluss-Kurs:
1 Reichsmark = 50.75 Piaster.